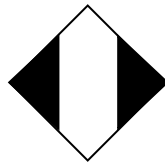


Anlage 2



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3139

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

16.06.2020

Datum

Betreff:

Mehr bezahlbarer Wohnraum

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19

Beschlussorgan: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	Sitzung vom: 16.09.2019	Niederschrift zur Sitzung SBP/044/2019

Beschlussorgan: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	Sitzung vom: 16.09.2019	Niederschrift zur Sitzung SG/026/2019
Die Tagesordnungspunkte 8.1 (Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Nr. 2019/2743) und 8.2 (Mehr bezahlbarer Wohnraum, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Nr. 2019/3139) werden gemeinsam beraten. Nach Wortmeldungen von Rf. Lux (SPD) und Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sollen die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 in den Rat vertagt werden. Abstimmung über die Vertagung in den Rat: - einstimmig -		

Beschlussorgan: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen	Sitzung vom: 25.09.2019	Niederschrift zur Sitzung SBP/045/2019
---	----------------------------	---

Die Tagesordnungspunkte zu 35.1 (Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743) und 35.2 (Mehr bezahlbarer Wohnraum, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antrag Nr. 2019/3139) werden eingehend gemeinsam diskutiert.

Im Nachfolgenden werden diverse Anträge gestellt (Anträge zu Einzelabstimmungen, Anträge zur Vertagung in das Wohnungsbauprogramm 2030+, Anträge über Nichtabstimmung einzelner Punkte aus den Anträgen).

Rh. Miesen (CDU) stellt den Antrag, die beiden Anträge bis zum Jahresende zu vertagen, bis erste Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe zum Wohnungsbauprogramm vorliegen.

Da dies der weitestgehende Antrag ist, lässt Rh. Ippolito (SPD) darüber abstimmen:

dafür: 10 (6 CDU, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 9 (5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE.LEV)

Beschlussorgan: Finanz- und Rechtsaus- schuss	Sitzung vom: 30.09.2019	Niederschrift zur Sitzung F/037/2019
Rf. Dr. Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) beantragt, den Antrag Nr. 2019/2743 (der nicht im Finanz- und Rechtsausschuss beraten wird) mit zu behandeln. Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt die Vertagung in den Rat. Der Vorsitzende Rh. Müller (CDU) lässt über den Vertagungsantrag zu Antrag Nr. 2019/2139 und Antrag 2019/2743 abstimmen: - einstimmig -		

Beschlussorgan: Rat der Stadt Leverkusen	Sitzung vom: 10.10.2019	Niederschrift zur Sitzung RAT/050/2019
Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis erste Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe 2030+ vorliegen. Frau Beigeordnete Deppe bittet darum, den Tagesordnungspunkt in den ersten Sitzungsturnus 2020 zu vertagen, weil dann entsprechende Ergebnisse vorliegen werden.		

Rh. Tahiri (SPD) erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Bürgermeister Wölwer lässt über eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in den ersten Sitzungsturnus 2020 abstimmen.

dafür: 41 (OB, 13 CDU, 12 SPD, 5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 2 OP, 2 Aufbruch Leverkusen, 2 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 2 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (BÜRGERLISTE)

Beschlussorgan:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen

Sitzung vom:
20.01.2020

Niederschrift zur Sitzung
SBP/049/2020

Die Tagesordnungspunkte 7.1, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359, Antrag Nr. 2020/3381, 7.2, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19, Antrag Nr. 2019/3359, 7.3, „Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke“, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 05.12.19, Antrag Nr. 2019/3358, 7.4, „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen“, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743 sowie 7.5, „Mehr bezahlbarer Wohnraum“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Antrag Nr. 2019/3139 werden gemeinsam diskutiert.

Rh. Paul Hebbel (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion zu Tagesordnungspunkt 7.2, Antrag Nr. 2019/3359. Die Quartiere sollen so entwickelt werden, dass es den Menschen möglich ist, bei Altersgebrechlichkeit in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu verbleiben. Hierfür sind entsprechende Flächen mit dieser Zielsetzung zu entwickeln, so Rh. Paul Hebbel (CDU). Rh. Schönberger (CDU) ergänzt, dass dieser Wohnraum dann auch bezahlbar sein muss. Frau Biermann-Tannenberger (CDU) stellt dar, dass bei einer Flächenentwicklung für ältere Menschen dann auch die Akzeptanz in der Bevölkerung größer wäre, dass bestimmte Areale durch die Verwaltung zu Wohnbauzwecken entwickelt werden.

Frau Beigeordnete Deppe äußert ihr Verständnis für den Antrag. Sie stellt dar, dass das Planungsrecht leider keine Möglichkeit einräumt, auf Flächen nur altersgerechtes Wohnen zu entwickeln. Die Landesbauordnung regelt die Barrierefreiheit bei allen Neubauten. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die gesteigerte Nachfrage am Markt zudem für mehr altersgerechtes Wohnen sorgen wird. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass für städtischen Wohnraum im Bestand die WGL für eine altersgerechte Sanierung zuständig ist.

Frau Haase-Mülleneisen (Beirat für Menschen mit Behinderungen) fordert, dass auch die Wohnungen und Häuser von Bauträgern von Beginn an so entwickelt werden,

dass sie für einen gesamten Lebenszyklus genutzt werden können.

Herr Bartels (FDP) und Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) machen darauf aufmerksam, dass es für entsprechende Umbauten KfW-Darlehn oder Zuschüsse der Kranken- und Rentenversicherungsträger gibt. Herr Hüther (SPD) stellt dar, dass zudem der Unterschied zwischen rollstuhlgerecht und barrierefrei zu beachten ist.

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe zu Tagesordnungspunkt 7.3, Antrag Nr. 2019/3358.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass genossenschaftliche Bauvorhaben entstehen, wenn sich hierfür Menschen organisieren; die Verwaltung kann dies nicht beeinflussen. Frau Beigeordnete Deppe sagt jedoch eine Unterstützung der Verwaltung zu.

Es schließt sich im Ausschuss eine kontroverse Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 7.4, Antrag Nr. 2019/2743 sowie 7.5, Antrag Nr. 2019/3139 an. Rh. Schönberger (CDU) führt aus, dass die starre prozentuale Festlegung einer Quote für sozialen Wohnungsbau nicht zielführend ist. Rh. Paul Hebbel (CDU) fügt hinzu, dass eine 25% Quote, die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag Nr. 2019/2743 beantragt wird, bereits mit dem Wohnungsbauprogramm 2030+ beschlossen wurde.

Rh. Ippolito (SPD) lässt wie folgt über die einzelnen Tagesordnungspunkte abstimmen:

Der Tagesordnungspunkt 7.1, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359, Antrag Nr. 2020/3381, wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.2, Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19, Antrag Nr. 2019/3359 wird wie folgt geändert:

„Die Stadt Leverkusen leistet jegliche Unterstützung, um in allen Stadtteilen die notwendigen Voraussetzungen für den Bau von barrierefreien und altengerechten Wohnungen zu schaffen.“

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/3359:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 1 (FDP)

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.3, „Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke“, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV, Antrag Nr. 2019/3358 wird wie folgt geändert:

„Bei Wohnprojekten werden genossenschaftliche Bauprojekte durch die Verwaltung unterstützt.“

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/3358

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

- einstimmig -

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.4, „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen“, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743 wird wie folgt geändert:

Bei Neubauvorhaben mit Planungsrecht wird eine verbindliche Mindestquote von 30 % für sozialen Wohnungsbau festgesetzt.

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/2743:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 9 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 7 (6 CDU, 1 FDP)

Zum Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.5, „Mehr bezahlbarer Wohnraum“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Antrag Nr. 2019/3139 erläutert Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wie folgt:

Der Beschluss zum Beschlusspunkt 1. „Die verbindliche Mindestquote für den sozialen Wohnungsbau wird bei neuen Bauvorhaben auf 30% festgesetzt.“ hat sich durch die Änderung des Antrags „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743“ erledigt.

Die Beschlusspunkte 2. „Künftig werden Grundstücke verstärkt in Erbpacht vergeben.“ sowie 3. „Künftig wird verstärkt das Instrument „Konzeptvergabe“ genutzt.“ haben sich durch den Beschluss des Wohnungsbauprogramms 2030+ erledigt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet daher um Abstimmung zum Beschlusspunkt 4. „Die WGL erhält bei alle neuen zu vergebenen Wohnbauflächen ein Vorkaufsrecht.“

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Ausschuss abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag 2019/3139:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 11 (2 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 5 (4 CDU, 1 FDP)

--

Beschlussorgan: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	Sitzung vom: 20.01.2020	Niederschrift zur Sitzung SG/028/2020
Die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2019/2743) und 3.2 (Antrag Nr. 2019/3139) werden gemeinsam beraten. Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt mit, dass sich evtl. neue Aspekte in den Ausschüssen (Betriebsausschuss Sportpark Leverkusen, Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen) ergeben, da es sich um ein Stadtentwicklungsthema handelt. Über Quoten kann man streiten. Eine Quote sei nicht nötig. Rh. Busch (FDP) lehnt grundsätzlich eine Quote ab. Die Verwaltung hat bereits Stellung genommen. Er fragt danach, warum die Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) ein Vorkaufsrecht hat und merkt weiterhin an, dass im Wesentlichen Ein-Raum Wohnungen sowie Wohnungen für Familien fehlen. Mit dem Thema Wohnungslosigkeit hat sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren zu befassen, da es eine große Dunkelziffer gibt. Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt auf die Frage zum Vorkaufsrecht der Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) an, dass man bei der WGL direkten Einfluss nehmen kann, was bei anderen Gesellschaften nicht der Fall sei. Rh. Feister (CDU) sieht eine Quote ebenfalls als nicht notwendig an. Die Stellungnahme der Verwaltung ist eindeutig. Viel wichtiger ist eine bedarfsgerechte Beurteilung, sodass eine Formulierung ohne feste Quote bevorzugt wird. Auf Antrag von Rf. Bunde (SPD) werden die Tagesordnungspunkte 3.1 (Antrag Nr. 2019/2743) und 3.2 (Antrag Nr. 2019/3139) mehrheitlich in den Rat vertagt. dafür: 14 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 Soziale Gerechtigkeit) dagegen: 1 (BÜRGERLISTE) Enth.: 2 (1 OP, 1 Parteilos)		

Beschlussorgan: Finanz- und Rechtsaus- schuss	Sitzung vom: 03.02.2020	Niederschrift zur Sitzung F/039/2020
Die Tagesordnungspunkte 8.1 (Antrag Nr. 2019/2743) und 8.2 (Antrag Nr. 2019/3139) werden gemeinsam beraten.		

Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU) beantragt die Vertagung des gesamten Tagesordnungspunktes in den Rat.

Über den Antrag wird abgestimmt.

dafür: 13 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP)
Enth.: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Beschlussorgan:
Rat der Stadt Leverkusen

Sitzung vom:
10.02.2020

Niederschrift zur Sitzung
RAT/053/2020

Herr Oberbürgermeister Richrath gibt die als Anlage 6 zur Niederschrift beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Punkte 2 und 3 des Antrages Nr. 2019/3139 erledigt sind, da sie bereits im Wohnungsbauprogramm 2030+ aufgeführt sind.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) beantragt zu dem Antrag Nr. 2019/3139 Einzelabstimmung.

Herr Oberbürgermeister Richrath lässt zunächst über den Antrag Nr. 2019/2743 in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 20.01.2020 abstimmen.

Beschluss:

Bei Neubauvorhaben mit Planungsrecht wird eine verbindliche Mindestquote von 30 % für sozialen Wohnungsbau festgesetzt.

dafür: 25 (OB, 11 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 3 OP, 2 Aufbruch Leverkusen, 2 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 17 (16 CDU, 1 FDP)

Da sich durch diesen Beschluss eine Abstimmung zu Punkt 1 des Antrages Nr. 2019/3139 erledigt hat und die Punkte 2 und 3 von Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bereits für erledigt erklärt wurden, lässt Herr Oberbürgermeister Richrath anschließend über den Punkt 4 dieses Antrages abstimmen.

Beschluss:

4. Die WGL erhält bei allen neuen zu vergebenden Wohnbauflächen ein Vorkaufsrecht.

dafür: 21 (OB, 11 SPD, 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 OP, 2 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 18 (16 CDU, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 3 (1 BÜRGERLISTE, 2 Aufbruch Leverkusen)